

Ergebnisse des erweiterten Arbeitstreffens der Partnerschaft für Demokratie Greifswald am 29. Mai 2024

Welche demokratie- und rechtsstaatsfeindlichen Herausforderungen sind in Greifswald zu bewältigen?

In Greifswald zeigen sich verschiedene demokratiegefährdende Dimensionen, die sich in verschiedene Bereiche gliedern lassen:

Segregation

Die räumliche und soziale Trennung der Stadtteile führt dazu, dass Menschen unterschiedlicher sozialer Hintergründe (unterschiedliches Alter, Nationalität, Einkommen) kaum miteinander in Kontakt kommen und gegenseitige Vorurteile sowie soziale Spannungen verstärkt werden.

Greifswald wird zunehmend als „gespalten“ wahrgenommen, was sich in einer deutlichen Trennung der Wohngebiete und der sozialen Strukturen zeigt. Diese Zweiteilung erschwert den sozialen Zusammenhalt und das Entstehen einer gemeinsamen städtischen Identität.

Polarisierung

In Greifswald sind die politischen Lager stark polarisiert, was zu verhärteten Positionen führt. Dadurch werden konstruktive Diskussionen verhindert, die für eine funktionierende Demokratie notwendig sind.

Viele Bürger*innen in Greifswald ziehen sich zudem in ihre „Wohlfühlzonen“ zurück, in denen sie nur noch mit Gleichgesinnten interagieren. Diese Selbstisolierung verstärkt die Polarisierung, da der Austausch mit Andersdenkenden fehlt.

Verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Schichten haben wenig Berührungspunkte miteinander. Diese fehlenden Schnittstellen verhindern den Austausch und das Verständnis füreinander, was die Polarisierung noch weiter verstärkt.

Kommunikation

Die Hemmschwelle für das Äußern extremistischer oder beleidigender Meinungen ist in Greifswald gesunken. Dies führt dazu, dass Hassreden und populistische Parolen zunehmend salonfähig werden und das gesellschaftliche Klima vergiften. Hier steht die Frage im Raum: Warum ist in einer Demokratie eben nicht alles sagbar?

Die lokale Medienlandschaft in Greifswald weist Defizite auf, die eine ausgewogene und differenzierte Berichterstattung erschweren. Eine falsch verstandene Neutralität der Medien kann dazu führen, dass extremistische und populistische Positionen unkritisch wiedergegeben werden. Dies verstärkt deren Einfluss und untergräbt die demokratische Diskussionskultur.

Populistische Akteure bieten oft einfache Antworten auf komplexe Fragen an. Diese Vereinfachungen sind attraktiv, aber sie verfälschen die Realität und verhindern eine tiefere Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Problemen.

Social Media

Falschinformationen verbreiten sich schnell über soziale Medien und führen zu Missverständnissen in der Bevölkerung. In Greifswald tragen diese Falschinformationen dazu bei, das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben und die gesellschaftliche Spaltung zu vertiefen.

Digitale Gewalt, einschließlich Cybermobbing und Bedrohungen, ist in sozialen Medien weit verbreitet. Besonders Jugendliche in Greifswald sind von digitaler Gewalt betroffen, was ihre psychische Gesundheit und ihr Vertrauen in die demokratische Kultur beeinträchtigt.

Soziale Netzwerke können als asoziale Netzwerke wirken, indem sie extremistische und polarisierende Inhalte verstärken. Auch rassistische Inhalte verbreiten sich leicht auf Plattformen wie TikTok, was zur Normalisierung von Diskriminierung und Vorurteilen beiträgt. Diese Verbreitung fördert eine Kultur der Intoleranz und untergräbt die Werte der Demokratie.

Rechtspopulistische und hetzerische Inhalte sind auf sozialen Medien weit verbreitet. Diese Inhalte schüren Hass und Vorurteile, fördern eine "Wir gegen Die"-Mentalität und unterminieren den sozialen Zusammenhalt sowie die demokratische Diskussionskultur.

Rechtsruck

Parteien und Gruppierungen mit anti-demokratischen Tendenzen bedrohen wichtige Begegnungsorte, die für den gesellschaftlichen Austausch und den demokratischen Diskurs unerlässlich sind. Diese Parteien und Gruppierungen arbeiten gezielt daran, demokratische Prozesse und Strukturen zu untergraben (z.B. rechtes Organizing an Schulen, in Vereinen, ...)

Rechte Akteure verwenden Polemik, um Unruhe zu stiften und Diskussionen über Themen, wie beispielsweise die Unterbringung von Geflüchteten, zu dominieren. Diese Strategie dient dazu, Unsicherheit zu schüren und gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen.

Desinteresse, Gewalt und Angst

Das Desinteresse und die sinkende Bereitschaft zur politischen Teilnahme führen zu einem Rückzug vieler Bürger*innen aus dem demokratischen Prozess. Dieses fehlende Engagement resultiert oft aus Unwissenheit darüber, wie man sich wirksam einbringen kann. Die geringe Beteiligung an vorhandenen Beteiligungsprozessen, die viele Bürger*innen direkt betreffen, verstärken das Gefühl der Nichtberücksichtigung.

Der wachsende Frust führt zu einem Bedürfnis nach einfachen Antworten auf komplexe Fragen. Die ebenso zu verzeichnende Verharmlosung rechtsextremer Akteur*innen trägt zur Normalisierung ihrer Ideologien bei und schürt Ängste vor dem Ungewissen.

Zugleich erleben Politiker*innen und die Zivilgesellschaft zunehmende Anfeindungen und sogar direkte Angriffe, was die Umgangsformen in der Stadt verroht. Drohungen, Gewalt und Hetze tragen dazu bei, dass Menschen sich aus Angst immer weniger engagieren.

Festzustellen ist eine Angst vor erneuter Veränderung/Abrutschen, was sich vermutlich auf eine Art Nachwendetrauma zurückführen lässt.

Diskriminierung

Während Teile der Greifswalder Stadtgesellschaft Rassismus und andere Formen von Diskriminierung ablehnen, gibt es auch erhebliche Herausforderungen in diesem Bereich. Die Verbreitung von Falschinformationen und rassistischen Narrativen unterminiert den Kampf gegen Diskriminierung und erschwert die Förderung eines inklusiven und demokratischen Gemeinwesens.

Rassistische Einstellungen und Handlungen sind in Greifswald verbreitet und gefährden die demokratische Kultur. Auch in den Schulen Greifswalds sind rassistische Beleidigungen zu beobachten. Dies beeinträchtigt das Lernumfeld und führt zu Benachteiligungen von Schüler*innen mit Migrationsgeschichte.

Islamophobe Haltungen werden in Greifswald durch rechte Gruppierungen verstärkt. Diese Haltungen schüren Vorurteile und Feindseligkeiten gegenüber muslimischen Mitbürger*innen und tragen zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Frauen, die ein Kopftuch tragen, sind in Greifswald häufig von Diskriminierung betroffen. Diese Diskriminierung beschränkt ihre Teilhabe am öffentlichen Leben und verletzt ihre persönlichen Freiheitsrechte.

Betroffene von Diskriminierung haben oft wenig Möglichkeiten, ihre Anliegen in den öffentlichen Diskurs einzubringen oder Gehör zu finden. Ihre Beteiligung wird häufig nicht ernst genommen, was ihre Marginalisierung weiter verstärkt. Viele Hilfsangebote für Betroffene von Diskriminierung sind nicht ausreichend bekannt oder zugänglich. Dies führt dazu, dass Betroffene keine angemessene Unterstützung erhalten und sich in ihrer Situation allein gelassen fühlen.

Begegnung und Bildung

In Greifswald gibt es bereits vielfältige Angebote, die viele Menschen erreichen könnten. Es herrscht jedoch oft Unwissenheit über diese Angebote und Veranstaltungen. Insbesondere in Stadtteilen wie Schönwalde 1 und 2 und dem Ostseeviertel gibt es weniger Begegnungsorte, Kultur- und Bildungsangebote, was die demokratische Teilhabe erschwert.

Zudem sind in Greifswald insgesamt Defizite bei der politischen Bildung zu verzeichnen, was zu einem fehlenden Verständnis über demokratische Strukturen und Prozesse führt.

Um demokratische Werte zu stärken, ist es daher entscheidend, den Zugang zu Bildungsangeboten zu verbessern, die politische Bildung zu fördern und Begegnungsorte zu schaffen, die unterschiedliche Perspektiven und Lebensstile respektieren. Ein Perspektivwechsel und ein offener Dialog sind unerlässlich, um die demokratische Kultur in Greifswald zu fördern und zu schützen.

Welche Herangehensweisen und Ideen gibt es für die genannten Herausforderungen?

Hierzu wurde in Kleingruppen mit folgenden Ergebnissen gearbeitet.

Förderung von Demokratie und Bürgerbeteiligung

Zur Stärkung der Demokratie und der Bürgerbeteiligung werden verschiedene Ansätze vorgeschlagen. Dazu gehören Bürgerparlamente, Demokratiewochen in Schulen, öffentliche Diskussionsrunden und transparente Losverfahren, die sicherstellen, dass eine breite Bevölkerungsschicht repräsentiert ist. Auch die Förderung von Sozialkompetenz und der Einbezug aller Altersgruppen sind zentrale Elemente, um das Bewusstsein und das Engagement für demokratische Prozesse zu erhöhen.

- Bürgerparlamente
- Demokratiewochen in Schulen
- Offenes Demokratiefest
- Transparente Losverfahren
- Zufällige Zusammensetzung, Entscheidungen fällen
- Beteiligung von Anwohnern
- Einbindung von Bürgern
- Sozialkompetenztraining

Barrierefreiheit und Inklusion

Um eine inklusive Gesellschaft zu fördern, sollten Barrierefreiheit und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen stärker berücksichtigt werden. Schulungen und Coaches für Barrierefreiheit, die Nutzung von Leitfäden in leichter Sprache sowie die Bereitstellung kostenfreier und barrierearmer Beratungsangebote sind wichtige Maßnahmen. Auch kulturelle Veranstaltungen sollten barrierefrei und an wechselnden Orten stattfinden, um eine breite Teilnahme zu ermöglichen.

- Barrierefreiheit schulen
- Coaches/Schulungen für Barrierefreiheit in Vereinen
- Leitfäden in leichter Sprache
- Kostenfreie/barrierearme Beratungsangebote
- Barrierefreie Begegnungsorte in jedem Stadtteil

Soziale Netzwerke und Nachbarschaftshilfe

Stärkung der Nachbarschaftshilfe und Förderung sozialer Netzwerke durch Initiativen wie Stadtteilbüros, öffentliche Pinnwände für den Austausch, und Unterstützungstandems. Diese Maßnahmen sollen den sozialen Zusammenhalt fördern und den Austausch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen erleichtern. Begegnungsorte und soziale Pinnwände tragen dazu bei, dass sich Menschen besser kennenlernen und gegenseitig unterstützen können.

- Coaches für Hausgemeinschaften
- Öffentliche Pinnwand für Austausch im Stadtteil
- Unterstützungstandems
- Stadtteilbüro mit Pinnwand
- Begegnungsorte in jedem Stadtteil
- „Tinder“ fürs Ehrenamt

Bildung und Aufklärung

Die Bildung spielt eine zentrale Rolle bei der Förderung demokratischer Werte und der Bekämpfung von Populismus. Vorschläge beinhalten intensivere politische Bildung in Schulen, Workshops und Planspiele zu sozialen Medien und Populismus sowie Aufklärung über Medienstrategien. Auch die Zusammenarbeit von Schulen mit externen Fachkräften und politische Bildung im Alltag sind wichtig.

- Mehr (Unterrichts)-Zeit für politische Bildung
- Stärkere Vernetzung zwischen Projektanbietern und Schulen
- Aufklärung über Medienstrategien
- Workshops & Planspiele zu Social Media und Populismus
- Erkennen von populistischen Mitteln lehren
- Kommunikation im beruflichen Kontext

Antidiskriminierung und Vielfalt

Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt und zur Bekämpfung von Diskriminierung umfassen interreligiösen Dialog, multikulturelle Feste, Antidiskriminierungsprojekte und aktive Aufklärung. Initiativen wie „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“, Workshops gegen Rassismus und Vielfalt der Religionen sollen das Bewusstsein für die Wichtigkeit von Vielfalt und Toleranz stärken. Beratungsstrukturen und Anlaufstellen für Betroffene sind ebenfalls wichtig.

- Wettbewerb „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“
- Interreligiöser Dialog
- Multikulturelle Feste
- Antidiskriminierungsprojekte
- Beratungsstrukturen für Betroffene
- Rassismus wird ernstgenommen
- Anlaufstellen für Betroffene und Täter:innen

Wohnraum und soziale Durchmischung

Zur Bekämpfung der Segregation und Förderung sozialer Durchmischung werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen. Dazu gehören die Förderung von sozialem Wohnraum in allen Stadtteilen, die Schaffung von Mehrgenerationenwohnhäusern, eine effektive Mietenkontrolle und die gezielte Förderung von Quartiersbildung. Gemeinschaftsräume in Neubauten und flexible Wohnungsgrößen sind ebenfalls wichtige Maßnahmen.

- Sozialer Wohnraum in allen Stadtteilen
- Mehrgenerationenwohnhäuser fördern
- Effektive Mietenkontrolle
- Gemeinschaftsräume in Neubauten
- Flexiblere Wohnungsgrößen

Stärkung der lokalen Gemeinschaft und Kultur

Die Förderung der lokalen Gemeinschaft und Kultur durch Feste, gemeinsame Aktivitäten und soziale Treffpunkte ist zentral. Vorschläge umfassen die Organisation von Nachbarschaftsfesten, Demokratietischen, Solidaritätsaktionen, und kulturellen Veranstaltungen. Diese sollen das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken und den sozialen Austausch fördern.

- Organisation von Festen/Begegnungen
- Nachbarschaftsfeste
- Demokratietische in allen Straßen
- Solidarisches Kopftuchtragen
- Gemeinsames Kochen

Polarisierung entgegenwirken

Zur Reduktion von Polarisierung und Förderung des Dialogs werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen. Dazu gehören die Schaffung von Räumen für faire Diskussionen, Hotspots für den sozialen Austausch und die Förderung einer Kultur des Gemeinsamen. Auch die Entwicklung von Kommunikations- und Konfliktlösungskompetenzen ist wichtig, um Verständnis und Toleranz zu fördern.

- Räume für faire Diskussionen
- Hotspots für sozialen Austausch
- Kultur des Gemeinsamkeitensuchens
- Kommunikations- und Konfliktlösungskompetenz
- Perspektivwechsel fördern